

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Von Zeit zu Zeit erscheinen in Unternehmerblättern und in Veröffentlichungen von Vereinen oder einzelnen großen Gesellschaften, die an der Uebernahme öffentlicher Arbeiten stark beteiligt sind, Klagen über unzureichende Preise bei staatlichen Aufträgen. Der Zweck dieser Klagen ist nicht schwer zu erraten, man will vorbeugen, daß die Kritik sich mit den hohen Preisen befäßt, die von staatlichen Verwaltungen den Lieferanten auf diesen Gebieten gezahlt werden. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die Ausführungen über die Preisstellungen der preussischen Eisenbahnverwaltung und die Preisstellungen beim Stahlwerksverband, die aus den Kreisen der Großindustrie stammen, beurteilt werden. Nach langen Verhandlungen wird von den Vertretern der Eisenindustrie der Welt zu erzählen versucht, daß der Stahlwerksverband der Staatsbahnverwaltung außerordentliches Entgegenkommen bewiesen oder am Ende gar Opfer durch die genannten Preisherabsetzungen gebracht habe. Um die Bedeutung der jetzigen Preisermäßigungen zu erkennen, ist es erforderlich, die Preise der früheren Lieferungsverträge kennen zu lernen. Sie stellen sich in den Verträgen:

vom Jahr	Dauer des Vertrags	für Schienen die Tonne	für Schwellen die Tonne
1904	3 Jahre	auf 112 M	auf 105,- M
1907	2	= 120 =	= 111,- =
1909	3	= 118 =	= 107,- =
1912	2	= 118 =	= 109,- =
1914	3	= 114 =	= 104,50 =

Im Jahre 1907 ist, wie die Aufstellung ergibt, eine sprunghafte Preiserhöhung für Schienen und Schwellen eingetreten, die indessen jeder sachlichen Berechtigung entbehrte. Schon zur Zeit des Vertragschlusses riefen diese Preissteigerungen außerordentliches Aufsehen hervor, von der Staatsbahnverwaltung selbst wurde später halb und halb zugegeben, daß sich jene Zugeländnisse, die noch dazu bei Ausbruch der schweren Wirtschaftskrise gemacht wurden, in einer Zeit, in der der Stahlwerksverband besonders nach dem Ausland viel billiger verkaufte, nicht rechtfertigen lassen. Damit ist aber auch schon der Wert der späteren Preisermäßigungen gekennzeichnet. Es kommt ferner hinzu, daß die Herstellungskosten des Stahlwerksverbandes seit dem Jahre 1904 sehr bedeutend zurückgegangen sind, wir haben erst kürzlich wieder auf Grund der Angaben verschiedener Werke zahlenmäßige Beweise für die starke Verminderung der Erzeugungskosten erbracht. In Kreisen der Banken und der Börse wurde denn auch, wie die Berichte der Handelspresse ausweisen, mit weit niedrigeren Preisen für Schienen und Schwellen in den neuen Verträgen gerechnet. Die Handelszeitung des Berliner Tageblatts bemerkte, daß die diesmal für Schienen und Schwellen bewilligten Preise weit über die Lagen hinausgehen, die bisher verbreitet waren. Wird berücksichtigt, fährt das Blatt fort, daß die Selbstkosten der Werke schon infolge des Weichens der Arbeiterlöhne einen Rückgang erfahren haben, so muß der Vertrag als sehr befriedigend für die Schienenfabrikanten angesprochen werden.

Zieht das Montan Kapital aus den Lieferungen an den Staat große Gewinne, so lassen es sich die Staatsverwaltungen unermüdlich angelegen sein, der Montanindustrie auch noch zahlreiche andere reiche Zutwendungen aus öffentlichen Mitteln zukommen zu lassen. Mit Billigkeit von Mitte des Monats an hat die Eisenbahndirektion Köln für die Beförderung von Eisen und Stahl von Deutschland nach den Niederlanden neue Ausnahmetarife herausgegeben, durch die weitere namhafte Frachterbilligungen herbeigeführt werden. Diese Maßnahmen scheinen im ersten Augenblick durchaus einwandfrei zu sein, denn wer wollte nicht für Verkehrserschwerungen eintreten. Aber diese außerordentlich billigen Ausnahmetarife, die auf vielen Strecken kaum oder nicht einmal die Aufwendungen der Bahnverwaltung decken, werden auf allgemeine Kosten der technisch und wirtschaftlich leistungsfähigsten Industrie Deutschlands bewilligt, sie erweisen sich als reife und glatte Liebesgaben. Dabei fördern diese Geschenke das volkswirtschaftlich geradezu gemeingefährliche Verfahren der Kohlen- und Eisenschmelze, deutsche Erzeugnisse nach dem Auslande zu verschleudern, den inländischen Verbrauchern aber selbst in Zeiten härtesten Geschäftsrückganges hohe Preise abzunehmen. Erst in diesen Tagen wieder sind laute Klagen gegen diese Politik des Kohleisenverbandes erhoben worden, jetzt hat der Stahlwerksverband, trotz der so überaus stark gesunkenen Preise für Fertigerzeugnisse der Eisenindustrie beschloffen, die Halbzugpreise für das nächste Vierteljahr in unveränderter Höhe bestehen zu lassen. Die Gewährung von Liebesgaben in Gestalt der für die Staatskassen sehr kostspieligen Frachtermäßigungen ist nur ein Teil des Programms der Sozialpolitik für das Großkapital, das auf mehr oder minder versteckten Wegen jährlich ungezählte Millionen aus öffentlichen Mitteln einfließt, aber um so lauter über jede sozialpolitische Anwendung für die Arbeiterschaft zerrt.

Einen bisher nie erreichten Umfang erlangte die deutsche Eisenausfuhr im Monat April, die Höchstzahl in der Eisenausfuhr, die im März des Vorjahres mit 602 928 Tonnen zu verzeichnen war, wurde um mehr als 30 000 Tonnen übertroffen. Im Vergleich mit dem Vorjahr stellte sich die Eisenausfuhr und -Einfuhr der Menge nach in Tonnen:

Monat	Ausfuhr		Einfuhr	
	1913	1914	1913	1914
Januar	499 913	499 927	54 248	41 301
Februar	501 754	554 045	52 591	67 504
März	602 928	573 733	44 809	42 928
April	567 149	636 652	57 897	48 168

Dem Werte nach stellte sich die gesamte Eisenausfuhr auf:

Monat	1913	1914
Januar	108,0 Millionen Mark	105,0 Millionen Mark
Februar	105,2	114,7
März	126,5	111,5
April	113,2	116,8

Während gegen den Vormonat die Ausfuhrmenge eine Steigerung von etwa 10 Prozent erfahren hat, erhöhte sich der Wert der Ausfuhr nur um etwa 4 Prozent, dieses Verhältnis bestätigt die starken Preisverschlechterungen am internationalen Eisenmarkt. Für die Stellung, die die deutsche Eisendindustrie auf dem Weltmarkt erlangte, ist der Umstand kennzeichnend, daß im Monat April, in dem sie die erwähnte Ausfuhrleistung erzielte konnte, die englische Eisen- und Stahlindustrie einen Rückgang des Wertes der Ausfuhr von rund 5 Millionen Pfund Sterling im Vorjahr (1 Pfund = 20,40 M) auf 4 Millionen Pfund Sterling bucht. Durch die riesenhaften Betriebsvermehrungen der Eisenindustrie ist das Ausfuhrbedürfnis ungemein gewachsen, da gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit der inländischen Märkte durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage sehr eingeschränkt wurde. Um den steigenden Auslandsabfah unterzubringen, ermäßigten die Eisenwerke die Preise bis zur Schmelze, wodurch der weiterverarbeitenden Industrie Deutschlands auf den Auslandsmärkten die Wettbewerbsfähigkeit vielfach ungemein erschwert wurde.

Wo es sich für die großen Werke darum handelt, die noch bestehenden „reinen“ Werke gänzlich auszuschalten und für spätere Kartellgründungen möglichst hohe Beteiligungsmengen zu erlangen, werden auch im Inlande die Preise mit förmlicher Ueberführung gezwungen. Wie der Wettbewerb auf dem Röhrenmarkt wirkt — bekanntlich scheiterten die Verhandlungen zur Gründung eines neuen Röhrensyndikats wiederholt —, läßt das Ergebnis einer Submission auf Lokomotivfederrohren z. erkennen, die kürzlich bei der Eisenbahndirektion Hannover stattfand. Die Lieferung der Federrohren von 46 Millimeter Durchmesser wurde zu 64 S für das Meter (gegen 69 S bei der Submission im Februar dieses Jahres und 1,05 M im Vorjahr) vergeben, die Röhren von 50 Millimeter Durchmesser erbrachten 70 S (gegen 75 S und 1,12 M) und die Röhren von 55 Millimeter Durchmesser 79 S (gegen 82 S und 1,16 M). Das gute Ergebnis der Submission 1913 erklärt sich daraus, daß diese Preise von der damaligen Röhrenkonvention festgesetzt wurden.

Schon seit Monaten hatten die Vulkanwerke in Hamburg und Steintin die Öffentlichkeit auf die schweren Verluste vorbereitet, die der Gesellschaft aus dem Bau des Imperator für die Hamburg-Amerika-Linie entstanden sind. Doch die Zahlen des nun veröffentlichten Abschlußes übersteigen alle Erwartungen. Für 1912 ermäßigte der Vulkan die Dividende bereits unter dem Einfluß der Imperatorverluste von 11 auf 6 Prozent, die Auszahlung dieser Dividende war auch nur dadurch ermöglicht worden, daß 1,75 Millionen Mark der Baureserve entnommen wurden. Diesmal ergibt sich ein Betriebsverlust von 2,15 Millionen Mark; zur Deduktion dieses Verlustes und der Abschreibungen von 2,62 Millionen Mark werden den Reservefonds 4,74 Millionen Mark sowie dem Unterstützungsfonds 50 000 M entnommen. Dadurch geht der Reservefonds von 5,37 Millionen auf 1,9 Millionen Mark zurück, der Garantiefonds von 2 auf 1 Million Mark, der Reserveaufwands von 250 000 M wird ganz geleert, der Unterstützungsfonds erfährt eine Minderung von 200 000 auf 150 000 M. Die Gesellschaft verweist noch auf Verluste durch Streit, betont aber, daß der beim Imperatorbau entstandene Schaden größer war als der ganze Bruttoertrag des Jahres 1913. Dabei hat die Verwaltung Verluste, die aus einzelnen Ablieferungen im Jahre 1914 und 1915 zu erwarten sind, schon in der Abrechnung für 1913 berücksichtigt. Von Föttinger-Transformatoren, der auch in mehrere der deutschen Schiffshäuten, Kriegsschiffe und in die Kaiserliche eingebaut wird, heißt es, daß der Wärdampfer der Sapag „Königin Luise“ die Vorteile für den Kueber darlegte; seine Vorzüge seien leicht anseuerbar, damit unerreicht bestehende Manövrierfähigkeit und Reduzierung der Turbinenabgaben auf ein Minimum. Die aus seiner Wertverteilung erzielten Lizenznahmen seien von wesentlich, sollten aber ausschließlich zur Wiederaufstellung der Reserve dienen. „Wir müssen anerkennen“, sagt die Verwaltung der Vulkanwerke schließlich, „daß die Zügellosigkeit in den Offerten, die die Reichsmarine von den Werften erhielt, in letzter Zeit einer besonderen Auffassung den Platz geräumt hat; indessen stellen die Anforderungen der Kriegsmarine Lasten dar, die nur getragen werden können, wenn eine einigermaßen gleichmäßige Beschäftigung den Werften sicher ist und auskömmliche Preise erzieltbar sind.“ Dieser Hinweis auf gestiegene Preise ist immerhin bemerkenswert; gegen die Bemerkung über die Lasten, die die Anforderungen der Kriegsmarine darstellen, muß aber nochmals betont werden, daß die Verluste der Gesellschaft nicht aus Lieferungen für die Reichs-

marine, sondern aus ihren Geschäften mit der Hamburg-Amerika-Linie, deren Generaldirektor Vulkan auch im Aufsichtsrat der Vulkanwerke steht, entstanden sind.

Ein anderes Bild bietet der Abschluß der Fieber Gütte. Bei einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark wird ein Rohüberschuß von 6,60 Millionen gegen 6,72 Millionen im Vorjahre ausgewiesen, die Abschreibungen erfolgten in Höhe von 2,29 Millionen, die den vorjährigen annähernd gleichen, die Dividende erfährt eine Ermäßigung um 1 Prozent auf 25 Prozent. Für 1911 hatte sich die Dividende auf 36 Prozent gestellt, alsdann erfolgte eine Kapitalerhöhung um 5 Millionen, die neuen Aktien wurden zu einem Kurse von 100 Prozent ausgegeben, obwohl der Kurs der alten Aktien Ende 1912 über 750 Prozent betrug. Der Zweck der Kapitalerhöhung liegt offenbar auf eine künstliche Herabdrückung der Dividende hinaus. — Das Peiner Walzwerk, dessen Aktienkapital von 6 Millionen Mark ganz im Besitz der Fieber Gütte ist, erzielte einschließlich Vortrag einen Ueberschuß von 1,57 Millionen Mark gegen 1,51 Millionen Mark im Vorjahre, die wiederum ganz zu Abschreibungen verwendet werden. Wie üblich gewährte die Gewinnansammlungen bei der Fieber Gütte und dem Peiner Walzwerk sind, ergibt folgende Berechnung der Woffischen Zeitung: Es betragen die Umlagekosten beider Werke 69,46 Millionen Mark und das Betriebskapital abzüglich aller laufenden Verbindlichkeiten 9,02 Millionen Mark. Diesen 78,48 Millionen Mark stehen gegenüber das Aktienkapital mit 15 Millionen Mark, die Umlage von 1909 mit 6 Millionen, die Forderung der Postämtern 5 Millionen mit 108 000 M, Abschreibungen, Reserven und Bilanzsaldo des Peiner Walzwerks betragen 57,37 Millionen Mark.

Ein erneuter Preissturz vollzog sich am Zinnmarkt. Die Londoner Notiz für Zinn, die sich anfangs der letzten Woche auf 149 Pfund Sterling stellte, betrug am 2. Juni 1914 138 1/2 Pfund, zu Beginn des Jahres war der Preis 168 1/2 Pfund. Im Vorjahr betrug der höchste Preis 232 Pfund, ein ungemein hoher Preis, der das Wert einer wilden Spekulation war. Auch nach den Rückgängen sind die Preise im Vergleich zu früheren Jahren noch keineswegs niedrig. Von 1888 bis 1898 wurde der Preis von 100 Pfund Sterling nur einmal überschritten. Die Höchstpreise in den Jahren 1895 bis 1897 waren 68, 61 1/2 und 69 1/2 Pfund Sterling. Von 1898 bis 1907 wurde der Preis von 150 Pfund Sterling nur viermal überschritten. Im Juli 1907 wurde allerdings der Kurs von 200 Pfund Sterling erreicht, er fiel im Dezember desselben Jahres wieder auf 115 Pfund Sterling; erst seit der zweiten Hälfte 1910 waren die Preise dauernd über 150 Pfund Sterling. Der Zinnverbrauch hat bei der Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse nachgelassen, die sichtbaren Zinnvorräte sind gestiegen.

### Zwei neue Bücher über den politischen Streit.

II.

Wie schon bemerkt, entstand das Buch Kautskys nicht aus der Absicht, die ganze Frage des politischen Massenstreiks aufs neue vom Grund aus durchzuarbeiten. Wenn es auch über seinen ursprünglichen Zweck, die älteren zerstreuten Arbeiten Kautskys über dieses Thema der breiten Öffentlichkeit gesammelt zugänglich zu machen, erheblich hinausgewachsen ist, so nimmt doch die Wiederabgabe von früheren Ausführungen des Verfassers und anderer namhafter Schriftsteller und Redner, wie Bernstein, Rosa Luxemburg, Stämpfer, Webel, Legien, den breitesten Raum des Buches ein. An erläuternden Bemerkungen und kritischen Betrachtungen läßt es Kautsky dabei nicht fehlen. Auch derjenige, der den Ansichten Kautskys nicht in allen Punkten beitrifft, wird dem Rückblick mit Aufmerksamkeit folgen, den er in den einleitenden, verbindenden und abschließenden Bemerkungen auf die Massenstreikdebatte der letzten zehn Jahre wirft. Das Buch wird damit zu einer Art Geschichte der Massenstreikdebatte.

Laufenberg wollte, wie er im Vorwort sagt, eine zeitgeschichtliche Monographie liefern, eine Abhandlung, die den politischen Streit als in sich abgeschlossenes Ganzes behandelt. Zu diesem Zweck mußte er alle für die Beurteilung des politischen Streiks maßgebenden Tatsachen zusammenhängend vermitteln und beleuchten. Nachdem Leser mag es so scheinen, als ob Laufenberg Gebiete in seine Untersuchung einbezogen hätte, die mit der Frage des politischen Streiks in keinem ersichtlichen Zusammenhang stehen. Wir sind dieser Ansicht nicht. In dem ersten Kapitel „Vom Chartismus zur russischen Revolution“ beibringt er zum Beispiel auf zehn Seiten den inneren Zusammenhang zwischen Berufskampf und politischen Streit. Dabei werden allerdings auch wirtschaftliche Kämpfe in den Bereich der Betrachtung gezogen, die ohne jede politische Nebenwirkung blieben. Immer aber handelt es sich um Kämpfe größter Umfangs, deren Verlauf schon für die Organisation eines politischen Massenstreiks von Interesse ist. Mancher große Lohnkampf, der rein wirtschaftlichen Ursachen entspringt, hat auch in seinem Verlauf politischen Charakter erhalten. Es braucht nur an die großen Bergarbeiter- und Eisenbahnerstreiks erinnert zu werden, die im letzten Vierteljahrhundert des öfteren das politische Leben einzelner Staaten Europas erschütterten. Die Knappe und straffe Darstellung Laufenbergs verhindert, daß seine Zusammenstellung der wichtigsten Berufskämpfe zu breit ausfällt. Einige Ungenauigkeiten sind dabei freilich unterlaufen. So ist es nicht richtig, daß der Arbeiterbeschluß des Pariser Kongresses von 1889 die Arbeiterklasse gefordert hätte, und schon darum kommt der Arbeitsruhe die von Laufenberg ihr beigemessene Bedeutung nicht zu.

Es könnte auch scheinen, als die Kapitel über „Die deutsche Erparition“ und „Die Sammlungsbewegung des Bürgerturns“ entbehrlich gewesen wären. Zur Kenntnis der Macht des Gewerks, der der Arbeiterklasse gegenübersteht, zur Beurteilung seiner Verwendbarkeit, und der Grenzen der Wirkungen eines politischen Streiks halten wir auch diese Kapitel, die gleichfalls auf engem Raum eine Fülle von



des ganzen Jahres eine recht gute, da der aus dem Vorjahre und aus dem ersten Drittel des Berichtsjahres vorliegende Auftragbestand zunächst erledigt werden mußte. Nennenswerte Vorräte an Werkzeugmaschinen waren Ende des Jahres 1913 nicht vorhanden. Bemerkenswert ist, daß der Rückgang des Bestands ausschließlich für das Inland zu verzeichnen ist; das Ausland hat unverändert Aufträge gefordert.

Sehr dankbare lag das Geschäft bei Aufträgen und Reparaturen infolge der Flaute im Baugewerbe. Vom Ausland bezieht Rußland seine Stellung als Hauptabnehmer bei. Das Geschäft der Lieferung des rein mechanischen und elektrischen Teils besserte sich weiterhin; hierin dürfte auch für die Folge den Auftragsfabriken Beschäftigung gegeben sein. „Erstaunliche Anfragen aus den flegelreichen Balkanstaaten zeigten, daß dort eine Entwicklung vor sich geht, die auf beachtenswerte Absatzmöglichkeiten hinweist. In wenig vorgeschrittenen Ländern wird sich für die Betätigung deutschen Gewerbetreibendes wahrscheinlich noch ein weites Gebiet eröffnen.“

Das Geschäft mit Landwirtsch. Maschinen nahm im Berichtsjahre dem Umfang nach einen weiteren Aufschwung, was sowohl für den Absatz im Inland als auch für die Ausfuhr gilt. In diesem Zweige der Maschinenindustrie war im September 1912 zwischen 33 deutschen, 7 österreichisch-ungarischen und 5 englischen Fabriken für Dampf- und Motordrehmaschinen nebst Zubehör, Strohpressen und den zugehörigen Lokomobilen rote fahrbaren Motoren eine 5prozentige Preissteigerung, weiter im November desselben Jahres eine gleiche Erhöhung für andere Maschinen und Geräte vereinbart worden, jedoch wurden die Preissteigerungen nicht von allen Beteiligten durchgeführt. Im Oktober 1913 wurden diese Preisfestsetzungen auf ein weiteres Jahr verlängert. Es sei dann aber infolge des ausländischen Wettbewerbs zu Preisermäßigungen gekommen.

Bemerkenswert ist die starke Vermehrung der Einfuhr von Pflügen für Kraftbetrieb und von Mähmaschinen aus Kanada und den Vereinigten Staaten, von Drehschneidern aus Großbritannien, von verschiedenen Maschinen aus Oesterreich-Ungarn, von Mischseparatoren aus Schweden und Belgien festzustellen.

Die deutsche Motorflugindustrie hat eine aufsteigende Welterentwicklung erfahren. „Die stetige Abwanderung der tüchtlichen Arbeitskräfte nach den großen Städten und die daraus sich ergebende Notwendigkeit, die verteilte Gekönnhaltung im Verein mit dem starken Bedarf an Schlichter lassen die motorische Bodenbearbeitung immer mehr in den Vordergrund des Interesses treten.“ So nimmt auch in der Landwirtschaft der Maschinenbetrieb überhand und es vollzieht sich hier ein Seitenstück zu dem Übergang von Gerberei und Industrie.

Die Berichte über das Geschäft mit gewerblichen Spezialmaschinen, wie Blech- und Holzbearbeitungs-, Textilbearbeitungs-, Maschinen, Maschinen zur Zündholzfabrikation, Schreibmaschinen, Fleischereimaschinen, die Gasmeßerindustrie und die Fabrikation von Wagen, Heizungs-, Lüftungs- und Badeanlagen stimmen so ziemlich alle überein, daß es während eines Teiles des Jahres, meistens während des ersten Halbes, noch mehr oder weniger annehmbar, während des anderen Teiles aber, also während der zweiten Hälfte, unglücklich war. Der Rückgang der Maschinen für die Zündholzfabrikation hängt mit dem Steuererfolg zusammen, daß eine weitere Herabsetzung des Zwangsanteiles von 45 Prozent der Gesamtzeugung auf 40 Prozent durch den Bundesrat notwendig machte. Steuerlasten für Militarismus, Marinesmus und Imperialismus und blutige Kriege führen der Industrie schweren Schaden zu, wovon nur die Rüstungsindustrie eine Ausnahme macht, die dabei nicht und ihren Teilhabern die fette Millionenernte in den Schoß wirft. So erleidet denn auch die Waffenfabriken erhebliche Aufträge von den Balkanstaaten, die Kriegsmaterial zur Ergänzung ihrer Bestände benötigten.

Besser als manche andere Zweige der Maschinenindustrie waren die Fabriken für Näh- und Nähmaschinen sowie für Pumpen und Bergwerksmaschinen daran.

In den meisten Berichten werden auch Bemerkungen über die Beziehungen zu den Arbeitern gemacht. So heißt es in dem Berichte aus der Industrie für emaillierte Blechwaren: „Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben sich weiter verschlechtert und das Verhältnis wird immer unergieblicher. Der Metallarbeiter-Verband, dem die Berliner Emaillierarbeiter angegeschlossen sind, drückt rücksichtslos seine Wünsche durch Troß des schlechten Geschäftsganges wurde seitens der Arbeiter auch in diesem Bereiche mit Streik gedroht, falls nicht Meinungsverschiedenheiten, die sich bezüglich der Auslegung des im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifvertrages ergeben hätten, so beseitigt wurden, wie die Arbeitnehmer es verlangen. Die Arbeitgeber haben, um Kämpfe zu vermeiden, die Wünsche der Arbeiter wieder erfüllt.“ Sehr einfach, weil diese im Rechte waren. Und darob die bewegliche Fermentose.

Im Berichte über Eisenwaren, eiserne Ofen und Kanalisationsartikel wird gesagt: „Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dürften im Berichtsjahre kaum in Erscheinung getreten sein, die herrschende Arbeitsnot brachte eine starke Bewerbung um offenwerbende Stellen mit sich. Eine Reduktion der Gehälter und Löhne dagegen ist nicht eingetreten, vielmehr dürften bei der Teuerung der Lebenshaltung hier und da Aufbesserungen nötig gewesen sein.“ Diese Meinung ist überraschend vernünftig.

In der Werkzeug- und Werkzeugmaschinenindustrie machte sich die Arbeiterbewegung nicht fühlbar.

Aus der Stahlwarenindustrie wird berichtet: „Obwohl die meisten Fabriken ihre Arbeiter nur vier Tage in der Woche beschäftigen konnten, verlangten einige Gruppen der Arbeiter höhere Löhne, welche zum Teil bewilligt wurden, zum Teil bei Jahresabschluss noch der Verhandlung unterlagen. In Sizilien kam es bei dem schlechten Geschäftsgange nicht.“

In der Industrie für Baubeschläge und Fischerei bedarfsartikel waren die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gut; nur dadurch, daß die Arbeiter sich auch dazu verstanden, weit unter den Tarifpreisen zu arbeiten, waren Aufträge heranzuziehen. Wenn auch beide Teile dabei auf die Dauer nicht verzichten können, so haben sie doch wenigstens einstweilen ihr Leben gestiftet. Unter einer Anzahl von Baubeschlagfabriken bestand im Jahre 1913 eine lose Vereinigung; die Preise mußten innerhalb dieser mehrere Male herabgesetzt werden, um den außerordentlichen Firmen die Spitze bieten zu können. Erst Ende November bekam diese Vereinigung einen festeren Zusammenhalt, und es konnte eine kleine Preiserhöhung vorgenommen werden.

Aus der Industrie der Fußbeschläge- und Wagenbauartikel wird berichtet, daß an Arbeitskräften kein Mangel war und, daß wegen der Verteuerung der Lebensmittel allgemein höhere Löhne gefordert wurden.“

Der Bericht über die Eisenkonstruktion teilt mit, daß bis auf geringfügige Differenzen, die sofort beigelegt werden konnten, Lohnstreitigkeiten im Berichtsjahre nicht vorgekommen sind.

In der Werkzeugmaschinenindustrie gab es nennenswerte Aufbesserungen oder Streiks nicht. Die Löhne blieben unverändert, auch nachdem die Aufträge zurückgegangen waren.“ Natürlich mußten die Arbeiter auch dann noch leben.

In der Industrie der Holzbearbeitungsmaschinen war das Verhältnis zu den Arbeitern durchwegs gut.

In allen den zahlreichen Sonderberichten aus der so umfangreichen und vielseitigen Metall- und Maschinenindustrie ist kein Wort über die Arbeiter in Verbindung mit anderen Unternehmersonganisationsbewegungen, das Koalitionsrecht und Streikpostenstreiken der Arbeiter rechtfertigen würde. Dagegen befinden die meisten Berichte, daß die überwiegend große Mehrzahl der Unternehmer eine theelle Interessengemeinschaft mit den Arbeitern gegen blutige Kriege und die die Wälder verbitternde und entzweigende Hochschulzollpolitik bilden.

### Was gewinnen wir durch Verkürzung der Arbeitszeit?

Ein Breslauer Kollege schreibt uns: „Mancher fortgeschrittenere Arbeiter wird die Verkürzung dieser Frage für überflüssig halten, weil er meint, daß sie schon längst festgestellt sei. Das trifft auch in gewissem Grade zu; denn alle, die für die Verbesserung der Arbeiterklasse in Wort und Schrift eingetreten sind, haben sich ernstlich mit dieser Frage beschäftigt und sind einstimmig zu dem Schluß gelangt, daß eine lange Arbeitszeit die schwerste Fessel des Proletariats ist. Jeder aber, der im tätigen Leben steht, muß bekennen, welche Unwissenheit und Unklarheit hierüber noch herrscht, so daß in dieser Richtung gar nicht genug Aufklärung verbreitet werden kann. Gerade in der Metallindustrie gibt es Berufsweige, wo eine übermäßige Arbeitszeit eingerissen ist und wo diesem Uebelstande besonders von den Arbeitern Vorstoß geleistet wird. Ich erinnere hierbei nur an die verschiedenen Montageberufe, wo das Ueberstundenwesen geradezu an der Tagesordnung ist. Ja, ohne Ueberstrebung kann man sagen, daß viele Arbeiter geradezu nach Ueberstunden leben.“

Woher kommt das? Nun, der Grund ist nicht schwer zu finden. Sie sehen nur den augenblicklichen persönlichen Vorteil, ohne sich über die Folgen ihrer Handlungsweise irgendwelche Rechenschaft abzulegen. Sie tun das entweder aus Unwissenheit oder, was wohl öfter der Fall ist, weil sie sich in eigenmächtiger Weise über das, was der Allgemeinheit kommt, hinwegsetzen. Die Arbeitszeit ist also in jedem Fall das Streben nach Verbesserung der Lage. Wir müssen uns aber fragen, ob der eingeschlagene Weg wirklich zu dem ersehnten Ziele führt, und da ergibt sich bei näherer Betrachtung, daß dieser Weg gerade das Gegenteil bewirkt.

Zunächst bringt die Verkürzung der Arbeitszeit zwar einen höheren Verdienst, doch um welchen Preis? Auf Kosten körperlicher und geistiger Gesundheit! Durch die Ueberanstrengung des Tages ist der Arbeiter unfähig, in den Nachstunden für seine geistige Weiterbildung zu sorgen. Da nun bekanntlich die Ausbreitung von Wissen und Bildung die mächtigste Waffe in unserem Kampfe gegen den Kapitalismus bildet, so wird es jedem einleuchten, was für ein gewaltiges Gemmiss in diesem Kampfe eine übermäßige Arbeitszeit ist. Diese Last müßte schon allein genügen, um jeden von der Notwendigkeit einer möglichst kurzen Arbeitszeit zu überzeugen. Doch der oben erwähnte Punkt spielt nur eine geringe Rolle in der Verhältnis zu dem noch viel wichtigeren, der darin besteht, daß die Ausdehnung der Arbeitszeit auf die Dauer keine Erhöhung, sondern unbedingt eine Verringerung des Lohnes zur Folge hat? Wie ist das zu erklären?

Wie schon angedeutet, entspringt das Verlangen nach höherem Lohn ganz natürlichen Ursachen. Durch die fortwährend steigenden Preise für Lebensmittel aller Art wird der verhältnismäßige Lohn — das heißt der nicht an seinem in Geld ausgedrückten Wert, sondern an seiner Kaufkraft gemessene Lohn — immer mehr verringert. Das Proletariat ist jedoch gewöhnt, immer mehr an den Früchten der steigenden Kultur teilzunehmen, was dazu beiträgt, die Ausgaben für die Lebensbedürfnisse zu steigern. Die Ursachen haben bewirkt, daß, sobald die Arbeiter ihre Lage begriffen hatten, sie sich zu Organisationen zusammenschlossen, um mit vereinter Kraft höhere Löhne zu erkämpfen. Wo nun aber aus irgendwelchem Grunde auf diesem Wege keine Erfolge errungen werden, suchen verbitterte Arbeiter ihr Ziel zu erreichen, indem sie ihre Hand dazu bieten, die Arbeitszeit zu verlängern. Dieses Verfahren nützt aber nur den Ausbeutern; denn erstens können sie vor der Öffentlichkeit damit prahlen: Seht, bei uns verdienen die Arbeiter so viel. Wie lange diese dafür arbeiten müssen, verschweigen sie natürlich. Dasselbe „Beweismittel“ wenden sie aber auch bei einer etwaigen Lohnforderung gegen die Arbeiter an, und was noch schlimmer ist, in diesen Fällen wird sogar auf Grund des durch Ueberstunden erhöhten Verdienstes der Stundenlohn verringert, weil angeblich die Arbeiter zu viel verdienen.

Aus all dem ersehen wir also, daß eine lange Arbeitszeit eine gefährliche Waffe in den Händen der Kapitalisten zu dem Zwecke ist, die Löhne dauernd niedrig zu halten, wodurch sie ferner dem Arbeiter den Weg zur Bildung, dieser seiner mächtigsten Waffe, verschließen.

Wenn endlich werden das alle begriffen haben und ihr Tun und Lassen danach einrichten? Es ist grauenregend, wie wenig die meisten Arbeiter über ihre eigenen Lebensfragen nachgedacht haben. Darum ist es Pflicht jedes Kollegen, der hierüber zu klarer Erkenntnis gelangt ist, seine Kollegen bei jeder Gelegenheit über diesen Punkt aufzuklären und überall darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter, wo es irgend möglich ist, es ablehnen, Ueberstunden zu machen.

### Vorträge der Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung.

Wohl angeregt durch das Vorgehen verschiedener freier Gewerkschaften, so des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Holzarbeiterverbandes, gehen nun auch Berufsgenossenschaften, also Organisationen der Unternehmer, dazu über, mittels stehender und lebender Lichtbilder den in Frage kommenden Volksschichten über die wichtige Frage der Unfallverhütung Vorträge zu halten. An sich ist das nur zu begrüßen, wenn die Arbeiter dabei auch mit in Kauf nehmen müssen, daß die von den Organisationen der Unternehmer ausgehenden Veranstaltungen mehr oder weniger — entsprechend den Anschauungen dieser Kreise — gefährdet sind. Diese Gefahr werden die Arbeiter schon erkennen. Von den Vorständen der Maschinenbau- und Kleinmetall- und der Säulen- und Holzwerkzeugberufs-genossenschaft im rheinisch-westfälischen Industriebezirk war zum 4. Mal eine öffentliche Versammlung nach Dortmund und umherum worden, in der mehrere Redner über die Fragen der Unfallverhütung und der ersten Hilfe bei Unglücksfällen sprachen. Kosten entstanden für die Besucher nicht. Der große Saal war schon früh gefüllt. Der Verwaltungsdirektor Busch wies auf die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg hin. Wichtig sei, so betonte er, alle in Frage kommenden Kreise mit den Dingen vertraut zu machen. Der Nachhuch der Betriebsbeamteten wählte sich mit den Fragen der Unfallgefahren und der Unfallverhütung sowie der ersten Hilfe bei Unglücksfällen eingehend beschäftigten. In den Fachschulen, sowohl den höheren als auch den gewerblichen Fortbildungsschulen, seien die Gegenstände jetzt in der Lehrpläne eingefügt worden. Der Vorstand der Maschinenbau- und

Kleinmetallindustrieberufs-genossenschaft habe einen Leitfaden für diesen Unterricht herausgegeben. Auch die Arbeiter müßten sich mit den Fragen vertraut machen. Der Versuch, die Fragen durch stehende Lichtbilder und durch kinematographische Vorstellungen zu erläutern, sei neu.

Der zweite Redner des Abends wies auf die große Entwicklung des Maschinenwesens und auf die ständige Zunahme der Unfälle hin. Er erwähnte die Tatsache, daß die Arbeiter ja immer nur einen Teil des bei Unfällen erlittenen Schadens erstattet bekämen, und die Belastung der Unternehmer. Das Selbstverantwortungsgefühl der Arbeiter müsse gehoben werden, weil die Zahl der durch die Schuld der Verletzten entstandenen Unfälle sehr groß sei. Ein Bauvorstand des Holzarbeiterverbandes wurde zum Beweis dafür angeführt, daß auch die Arbeiterorganisationen erkannt hätten, wie viel da noch „gesündigt“ werde. Bei der Berufswahl müsse schon beachtet werden, daß Arbeiter, die an Krämpfen litten oder falküchtig seien, nicht in Fabriken an Maschinen arbeiten dürften. Redereien und Zänkereien müßten unterbleiben, die Arbeitsleistung sei zweckmäßig zu wählen. Die Werkzeuge dürften nur für den Zweck benutzt werden, zu dem sie bestimmt seien. Ein Schraubenschlüssel sei kein Hammer. Die Werkzeuge seien auch in Ordnung zu halten. Durch von Hämmern oder Meißeln abspringende Eisen splitter seien viele gefährliche Augenverletzungen vorgekommen.

Im weiteren sprach dann der Regierungsbaumeister Dr. Ernst über die Unfälle durch den elektrischen Strom. Da wurde durch Lichtbilder recht eindringlich deutlich gemacht, welche Verheerungen am menschlichen Körper durch „elektrische Unfälle“ angerichtet werden können. Ganze Klumpen von Fleisch verschwinden vom Körper, ohne daß zu erkennen ist, wo die Wunden geblieben sind. Der Redner warnte vor der weit verbreiteten Anschauung, als ob der elektrische Strom von etwa 120 Volt Spannung nicht gefährlich sei, er erklärte, daß schon eine Spannung von 60 Volt bei sonst ungünstigen Umständen zu Verletzungen führen könne.

Nachdem die Ausführungen der Redner zuerst durch stehende Lichtbilder erläutert worden waren, kamen am Schluß noch kinematographische Vorstellungen. Da wurde gezeigt, wie bei Unfällen an Kreisfräsen und anderen Arbeitsmaschinen Finger und Hände weggeschnitten werden. Allerdings war zu erkennen, daß schon die photographierten Vorgänge selbst der Beleuchtung dienen und nicht etwa wirklich passiert waren.

Bei den Vorträgen bemühten sich die Redner, um besser wirken zu können, die Arbeiterzuhörer nicht zu verlegen. Ein Beispiel: „Der Mann hat die Finger einer Hand eingebüßt. Er hatte gerade gefröhnt und freude beide Arme wohlig aus, wobei er nicht bedachte, daß die Presse nicht ausgeschaltet war. So griff er mit der Hand unter die gerade niedergehende Presse. Das war eine große — ich möchte sagen Gedankenlosigkeit. Ein Wortwurf soll dies nicht sein. Wenn wir eine Postkarte schreiben und vertun uns, dann streichen wir das falsche durch und der Schaden ist leicht abgestellt. Bei einem Unfall an einer Maschine geht das aber so einfach nicht.“ Ganz selbstverständlich wird aber der geschickte Unfall in den Unternehmerstatistiken als „selbstverschuldet“ gebucht. Wie stehen aber die Sachen? Bei den Vorträgen wurde durch Wort und Bild geschildert, daß durch wirksame Schutzvorrichtungen nicht angebracht oder wenn die neuen Maschinen mit den guten Vorrichtungen nicht angebracht werden, weil sie Geld kosten, dann kann man doch die in den mangelhaften Maschinen vorkommenden Unfälle nicht ohne weiteres den Arbeitern zur Last legen. Selbstverständlich ist es in keiner Weise zu billigen, wenn Arbeiter sorglos mit ihren gesunden Knochen umspringen, indes ist da eben zu prüfen, ob die geringe Mithing der Betriebsgefahren nicht der kapitalistischen Arbeitshatz geschuldet ist. Der neuzeitliche aufwühlende Großkapitalismus mit seinem atemlosen Rennen und Jagen kennt nicht die gemächliche Beschaulichkeit der Väterzeit. Das hatten wohl viele Arbeiterzuhörer, als sie folgendes Bild zu sehen bekamen: Im Betriebe der Elze me in E Elektrizitäts-gesellschaft wird ein Arbeiter beauftragt, lange dünne Eisenstäbe auf der Schulter fortzutragen. Ein anderer Arbeiter kommt eilig daher und rennt mit dem Kopf gegen die Eisenstäbe. Ein Werkbeamter bemerkt den Vorfall und macht dem transportierenden Arbeiter klar, daß er an beiden Enden seiner Ladung lederner Schutzklappen anbringen muß. Sie werden dann nachträglich angebracht, was erhebliche Zeit beansprucht. Da sollte aber einmal in den Säulen- und Holzwerken mit ihrer Arbeitslast ein Arbeiter so gemächlich vorstehend unfallverhütend vorgehen wollen, wir glauben, daß ihn einer der Antreiber wohl bald fragen würde, ob er aus einer Trennanstalt entwichen sei. Zeit! Zur Unfallverhütung ist Zeit notwendig, und Zeit ist Profit, denken die kapitalistischen Unternehmer. Weiter kommt in Frage, daß, was einer großen kapitalistischen Gesellschaft mit Monopolcharakter leicht möglich ist, damit noch nicht von weniger leistungsfähigen Betrieben eingeführt wird. Die kapitalistische Art der Ueberherstellung will die Mehrheit der Unternehmer aber aufrechterhalten. Solange dies geschieht, wird der Kampf gegen Unfälle und Unfallgefahren nicht voll wirken können.

\* Eine sonderbare Schutzvorrichtung. Besser wäre es gewesen, wenn der Werkbeamte angeordnet hätte, daß solche Stangen nie auf der Schulter, sondern immer nur in der herabhängenden Hand zu tragen sind. Wer dann dagegen anläuft, kann sich höchstens die Weine, aber nie den Kopf oder gar die Augen verletzen. Red.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Bekanntmachung.**  
Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 14. Juni der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Juni 1914 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:  
Der Verwaltungsstelle Halberstadt 10 g pro Quartal.  
Der Verwaltungsstelle Stölp 5 g pro Woche.  
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturrechtlicher Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:  
Der Schmied Arthur Epiceret, geb. am 28. April 1888 in Schlemshof, Buch-Tr. 1.489.044;  
Der Schmied Hermann Mollenhauer, geb. am 18. November 1869 in mbbed, Buch-Tr. 1.489.088, beide wegen Suerrebruch.





Ein Mann auf, der, angeblich aus eigener Erfahrung, etwas vom Terrorismus fabuliert, der viele Jahre in den ersten Reihen der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften gestanden haben will und nach langer, langer Zeit den Terrorismus entsetzt hat. Er warf sich als Sittenrichter auf, erzählte etwas von notorischen Schwärmern, die Frau und Kind hungern lassen, von Arbeitern, die die Spundnäpfe und Maßbänder der Betriebe als Bissort benutzen, um dann den gelben Hund als erzieherisch anzupressen. Dann gab er zu, daß die Löhne bei U. nicht hoch genug seien, trotzdem sie die besten im Bezirk wären. Schließlich pries er den geringen Beitrag und das große Glück der Arbeiter im Werkverein. Dann folgten die Chemiker Geldern, besonders tat sich W e b e r hervor. Er behauptete, daß die Arbeiter nicht im „Schützenhaus“ geblieben seien. Dann rühmte er die Neutralität der Gelben, klagte sein Leid als Meister, um damit zu verdeutlichen, daß er auch nur Lohnarbeiter sei. Bei Streiks dürften die Forderungen nicht zu hoch gespannt werden. Wir betätigen uns nicht an „frivolsten Streiks“. Der Arbeiter kann auch heute noch, wenn er intelligent ist, Millionär werden. Wir wollen für die Allgemeinheit „unseren Geist versprühen“. (Wie gestreich.) Kollege W l a u erklärte den Herren unter hitzigen Beifall seiner Mitarbeiter, daß vorläufig kein Bedürfnis für einen gelben Werkverein vorhanden sei. Damit mußten sich die Herrschaften abfinden. In seinem Schlußwort nahm sich der Kollege S t r o b e l (Chemiker) die ganze Gesellschaft nochmal gehörig vor, besonders den Herrn V e o n h a r d t. Unter hitzigen Gelächter zogen die Lohngelder ab. Damit endigte die Komödie. — So haben die Gesellschaften der Gelben bei ihrem ersten Meeting in Frontenberg abgeschnitten. Unvergesslich wird der Tag allen bleiben, die an der Gründungsversammlung teilgenommen haben. Unvergesslich jedenfalls auch dem Herrn U. und seinen Statisten. Sie werden wohl jetzt davon überzeugt sein, daß die Arbeiter noch nicht so tief gesunken sind, zum Verräter an ihrer Klasse zu werden. Die Arbeiter haben das Bedürfnis, in Ruhe und Frieden mit Herrn U. auszukommen, sie lassen sich aber nicht von ihrer Organisation abbringen.

**Schramberg.** In Nr. 21 des R e g u l a t o r wurde die Arbeitszeitverkürzung, die von den hiesigen Uhrenfabriken in letzter Zeit vorgenommen wurde, besprochen. Nach der belandenen Manier dieser Hirsch-Dunderschen Leuten müssen Lügen und Verhöhnungen der Tatsachen auch bei dieser Gelegenheit herhalten, um die Mitarbeiter der freien Gewerkschaften zu verunglimpfen. Zunächst sei festgestellt, daß es sich bei der Firma L a n d e n b e r g e r tatsächlich um Einschränkungen infolge schlechten Geschäftsganges handelt. Bei der Firma J u n g h a n s ist dagegen anzunehmen, daß es sich mehr um die Durchführung eines Planes handelt. In bezug auf diese Firma sagt nun der Schreiber im Regulator, weil die Arbeiter den Lohnausfall nicht gerne hingenommen, habe die Firma mit dem Kranienausbau ausgedeutet, welcher meist aus unorganisierten Arbeitern bestehe, verhandelt. Die Vertreter der Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften hätten eine Entschädigung des Lohnausfalles und Garantierung des Arbeitslohnverlangt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften aber wollten die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hinnehmen. Die Firma sei daher auf die Forderungen der Kirche und Christen gar nicht eingegangen und habe die Verkürzung ohne weiteres eingeführt. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: In einer Versammlung des Kranienausbaues, in dem die Christlichen und Kirche mit ein paar Firmatreuen eine Mehrheit bilden, erklärte der Firmadirektor, daß an den Samstag die Arbeitszeit in der Weise geändert werden solle, daß von früh 7 bis mittags 2 Uhr durchgearbeitet werde, also 7 Stunden, während bisher mit 1 1/2 stündiger Pause 8 Stunden gearbeitet wurde. Darauf wurde von allen Seiten, besonders aber von Vertretern der freien Gewerkschaften, eingewendet, daß diese Neuregelung schon recht wäre, daß es aber auch der Firma ein leichtes sein müßte, diesmal einen Lohnausgleich herbeizuführen, zumal bei der Reduzierung von 10 auf 8 Stunden nichts geschehen sei und die Firma doch bei der Durchführungszeit gewinnbringend habe. Der Direktor, Herr Dr. Jungmann, der zugleich Vorsitzender des Kranienausbaues war, erklärte jedoch, daß in der gegenwärtigen Zeit davon keine Rede sein könne, wenn die Arbeiter so nicht wollten, könnte man die Sache höchstens beim alten lassen. Einige Tage hernach fand eine Versammlung der Kranienausbauer statt. Diese waren inzwischen mit der Arbeiterschaft darüber in Fühlung getreten, ob sie unter solchen Umständen mit der Durchführungszeit einverstanden seien. Ein Firmadirektor war dabei nicht anwesend. Hier kam von einigen Arbeitern der Bericht in der Weise, daß die Durchführungszeit dem alten Verfahren vorgezogen werde, ohne jedoch auf den nochmaligen Versuch, von der Firma etwas herauszuschlagen, zu verzichten. Was sich hier aber die Vorsitzenden der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an Phrasen und „wohlklingender“ Wortbrecherei leisteten, war für die, die die tatsächlichen Verhältnisse, die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Firma im besonderen kennen und mit diesen Umständen rechnen, geradezu lächerlich. Was hat es zum Beispiel für Wert, wenn diese Leute erklären, die Arbeiterschaft dürfe es sich nicht bieten lassen, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hinzunehmen und daß die Organisationen nicht nur Lohnausgleich, sondern auch Garantierung des Arbeitslohnverlangten, wenn man weiß, daß von circa 2200 Beschäftigten im höchsten Fall 250 organisiert sind und diese in drei Richtungen zerstückelt sind. Sie sind nun mitgeteilt wird, hat ein Mitglied der freien Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß es unter den erwähnten Umständen mit dem Verlangen nach Sparten sein Bewenden haben werde, denn die Erfahrung lehre, daß in letzter Linie die Firma ihre Maßnahmen doch treffen, ohne sich um die Forderungen der Arbeiter zu kümmern. (Was übrigens auch für die Firma Landenberger, wie auch für die übrigen zutrifft.) Das es so und nicht anders ist, dafür zeige die Schuld die Arbeiter selbst, weil diese in guten und in schlechten Zeiten verstanden, sich ihrer Organisation anzuschließen. — Eine Kommission von den drei Organisationsrichtungen mit der Firma wurde bestellt und das Ergebnis der Verhandlung zeigt, wie richtig die Auffassung von unserer Seite war (oder, um mit dem Regulator zu sprechen: wie gut wir das Glas wahrgenommen). Ein Lohnausgleich oder Garantierung der Arbeitslohnverlangten wurde nicht gewünscht und es blieb nicht einmal beim alten, denn am Anfangsstand war kurz darauf zu lesen, daß am 9. Mai um die Arbeitszeit wie oben erwähnt geändert werde. Anstatt daß nun diese Leute die Arbeiterschaft darauf verwiesen würden, daß der Mangel ihrer Organisationen die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verhindern, schimpfen die Gewerkschaften über unsere Kollegen, die nicht hören wollen die Wahrheit sagen. Wie richtig es ist, daß wir durch eine geschlossene Organisation etwas zu erreichen ist und ohne eine solche die Arbeiter auf Grunde des Ungehorsams der Unorganisierten unterworfen sind, zeigt noch die jüngste Appellation der christlichen Firma. Den Mitarbeitern war nämlich eine kleine Bergungspaltung gewährt, indem sie am Samstag mit 7 Stunden 8 Stunden (bisher mit 7 1/2 Stunden 10 Stunden) verarbeiteten konnten. Ein Mitarbeiter wollte zu einem anderen Arbeiter die Bemerkung, daß dies die Wahrheit „streich“ haben; die Direktion erfuhr es und teilte den Herren mit, daß man die Güte nicht für Schwäche ansehen dürfe und die Bergungspaltung somit aufgehoben sei. Sind hierum auch die Verhandlungen gleich? Oder ist es nicht die allgemeine Gleichgültigkeit? Haben denn aber die Kirche hergehört, daß gerade bei dieser Gleichgültigkeit den Mitarbeitern bereit haben...

der Arbeiter und auf eine Weise zustande kam, die den Kollegen nicht zusagte, hatten sie kein Vertrauen zu ihm und nahmen ihn auch nicht in Anspruch. Am 8. Mai fand eine Versammlung der Abteilung statt, in der einstimmig beschlossen wurde, falls die Kommission am nächsten Tage wieder nicht angehört werde, die Kündigung einzureichen. Es handelte sich fast um lauter junge Kollegen, die sofort abzureisen bereit waren. Es kam zur Kündigung. 36 Mann reichten sie ein. Die Firma entließ nun alle die, die noch nicht 14 Tage im Betrieb waren, obwohl dies gegen die Fabrikordnung verstieß. Die Kollegen unterschrieben aber selber bei ihrem Austritt einenchein, wonach sie keinerlei Ansprüche mehr an die Firma hatten. Es hielten ihnen sonst unbedingt 14 Tage auszubezahlen werden müssen. Daher V o r s i c h t beim Unterschreiben. Unser Vertrauensmann, der einen Arbeiter, der neu anfang, auf sein Verhalten aufmerksam machte, wurde sofort entlassen. Nun standen noch etwa 16 Mann in Kündigung. Eine Betriebsversammlung nahm zu der neuen Lage Stellung. Diesmal war auch der neu gewählte Arbeiterschuß anwesend, der sich aus drei von den Arbeitern gewählten und zwei von der Firma ernannten Kollegen zusammensetzte. Einer der Leute tabelte das Vorgehen der Arbeiter, da diese allzu radikal vorgegangen seien. Man müsse auch Rücksicht auf die Firma nehmen, die doch auch das Wohl der Arbeiter im Auge hätte. Nach einer längeren Aussprache wurde, um überhaupt zu einer Verhandlung zu kommen, dieser Arbeiterschuß beauftragt, am Samstag früh nochmals vorstellig zu werden und auf Grund der gestellten Forderungen eine Einigung mit der Firma zu versuchen. Auch die Wiedereinstellung der gekündigten Kollegen sollte durchzusetzen versucht werden. Die Vertreter vom Arbeiterschuß erklärten sich bereit, das zu tun und betonten, daß die Betriebsleitung schon ein Entgegenkommen zugesichert habe, nur alles könne nicht bewilligt werden. Die Verhandlung fand statt, endete aber mit einer Ablehnung sowohl der Lohnforderung als auch der Wiedereinstellung. Nur ein kleines Zugeständnis wurde dem Arbeiterschuß gemacht: Es sollen künftig 60 Stunden wöchentlich bezahlt werden bei 57 Stunden Arbeitszeit. Die gekündigten Kollegen, es waren noch acht Mann, ein kleiner Teil hatte die Kündigung auf Bearbeitung der Firma hin wieder zurückgezogen, verließen am 23. Mai diesen Laubenschlag und sind jetzt alle wieder untergekracht. Die Firma arbeitet nun in der Hauptstadt mit Italienern und jungen, meist ungeleiteten Leuten. Das habe viel Bruch gestiftet und liegt auf der Hand. Und doch will die Betriebsleitung nicht einsehen, daß sie sich auf einer schlechten Ebene befindet, auf der es rettungslos dem Ruin entgeheht. Zu den schon vorhandenen Verlusten wird diesmal am Jahresabschluss ein neuer kommen. Uns kann es recht sein. Die nach Schwermühen reisenden Kollegen tun gut, wenn sie sich vor dem Arbeitsuch an die Geschäftsstelle des Verbandes wenden.

**Stuttgarter Kanakatt.** Wie im vorigen Jahre bei der Firma Robert H o s c h ist auch jetzt wiederum das Stuttgarter Industriegebiet der Schwaigler eines zwar nur kleinen, aber dennoch heißen Kampfes. Seit mehr als zwei Monaten streiken die Arbeiter der hiesigen drei Karosierwerke (G h r. A u e r in Cannstatt, Reutter & Cie. und Febeaswerke in Stuttgart) und noch immer ist ein Ende des Kampfes nicht sichtbar. Zum erstenmal haben sich Stuttgarter Firmen einer auswärtigen Arbeiterschwärme bedient. „Simgarde“ ist wohl nicht ihr richtiger Name! „Selbgarde“ mit Charakterzügen der Hirsche ist es, die sich hier eingestellt hat. In Berlin und Hamburg wurde sie angeworben von Agenten, die sich für die Spekulanten den hochtrabenden Namen „Nationale Gewerkschaft“ beigelegt haben. Einer dieser Heilsbringer — Robert H e i l a n d — als „Vorarbeiter“ und „Ordnungswächter“ mit den Arbeiterschwärmen in Hamburg angenommen, erhält für seine „Mehrwert“ von der Firma Reutter & Cie. wöchentlich die geringe Summe von 105 M. nebst Nachläger und freier Kost im Fabrikbetrieb. Ein zweiter „Vorarbeiter“ namens H a r m s, der aber von dieser Firma schon nach der ersten Woche seiner glorreichen Tätigkeit wieder abgemeldet wurde, bekam dafür 180 bare Mark. Er war wohl eine zu teure Kraft. H e i l a n d ist billiger. Seine Worte sind ebenfalls billiger entlohnt als die Bruderschaft bei der Firma G h r. A u e r in Cannstatt. Diese erhalten 36 M. Wochenlohn nebst freier Bekleidung und Nachläger, diese aber nur 28 M. Allerdings müssen sich die Auerarbeiten dafür gefallen lassen, daß die Fenster der Fabrik mit Säden verhängt werden, damit kein Lichtstrahl einbringe und kein unbefugenes Auge einen Blick werfe ins Lager der Reutter der Nation. Und überdies, wenn die Feiertage schlüssig, dann dürfen die Billigen nicht allein hinaus. Automobiler — eines nach dem andern — laufen herum, um sie aufzunehmen und den Willen der Streikenden und Reugierigen zu erfüllen. So geht es Tag um Tag, Woche um Woche seit zwei Monaten. Eine Glanzleistung der Firmen! Oder ein dramatischer Schandstreich? Den eigenen Arbeitern haben die Firmen und der Verband württembergischer Metallindustrie den seit drei Jahren bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Sie wollten die Mindestlöhne vom Jahre 1911 nicht mehr bezahlen und Arbeitszeit einsparen. In die Arbeitslohnverhältnisse der eigenen Arbeiter ein, aber die Mindestlöhne wollten sie nicht fallen lassen, weil ihr Lebensstandard damit nicht sinken sollte. Dieses Fremden, aus allen Winkeln zusammengefügten Volk, das nicht eingearbeitet ist, bezahlen aber die Firmen dreimal soviel. Und sie bezahlen es mit dem von den eigenen Arbeitern der Firmen ersparten und erarbeiteten Geld. Ein krennender Schandstreich oder nicht? Die verdiente Strafe für ihr Verhalten folgt den Firmen und dem Verband württembergischer Metallindustrie auf dem Fuße. Manchen Arbeiterschwärmen schon haben die Streikenden weggeklapert. Der allem solche, die nicht hören bis über die Gabelstange im gelben Schwärze verhalten waren. Na, mehr noch! Herr Auer und Herr Reutter sind schon von einigen Arbeiterschwärmen vor dem Gewerbegericht wegen Lohnrückstände verklagt worden. Und dem krennenden K r e b s a u d e r, dem Arbeiterschwärmenagenten bei A u e r, haben Arbeiterschwärme schon anfangs auf die hiesigen Kollegen deponiert und auf offener Straße mitten ins hohe Angefallt geschickt. Der wohlfeile Firmis, mit dem sich die „Nationale Gewerkschaft“ anzupreisen beliebt, bekommt dadurch demselben, krennliche Medien. Und die Industriefirmen mit ihren Firmen werden dabei nicht immer bleiben können. Auch eine „Brandstiftung“ ist bei Herrn A u e r in der letzten Woche zu verzeichnen gewesen. „Krankheit“ wurde der Verdacht auf die Streikenden fallen. Man soll das eigene Gewerbe einer alten Salerne im Hofraum gefunden haben — und die Mär war fertig. Verhandlungen unter den Streikenden erfolgten — aber sie wollten alle wieder freigelassen werden. Es war so schön gemeint! Besonders Unrecht hat die Firma Reutter & Cie. Obwohl sie vor ihrem Fabrikereingang von sich selbst seit einem angefallenen Schwärmen — zuerst ein Stillschicken des Betriebs — mit gebührender Mühe und angefallenen Schwärmen als „Vorarbeiter“ angestellt hat, geschahen dort allerlei Dinge. So behauptet sich hartnäckig das Gericht, in einer Nacht der letzten Woche sei der hohe Preis des immer wackleren S a l e h a r g unter den Arbeiterschwärmen bei Reutter untergegangen. Sie liegen im Betrieb nebenbei auf Streikfäden und dabei soll einer die Gebote des § 175 verstoßen haben. Ein anderer Arbeiterschwärmer von R e u t t e r hand am 4. Juni als Angefallter vor dem Stuttgarter Schöffengericht wegen Körperverletzung und Beleidigung des A u e r: Mit dem Angefallten waren zugleich der Sattler E. J. und der Mechaniker A. J. auch anderen Arbeiterschwärmen von der Firma Reutter & Cie. bei der „Nationalen Gewerkschaft“ in Hamburg angenommen worden. In Stuttgart angekommen, machten der Sattler E. J. und der Mechaniker A. J. den Reutter, zu den Streikenden zu bringen und die Arbeit als Arbeiterschwärmer zu verweigern. Sie hatten bei der Anwerbung nicht gelagt bekommen, daß sie als Arbeiterschwärmer verwendet werden sollten. Nachdem es ihnen nicht gelungen war, bei der Anwerbung den Arbeiterschwärmen zu verweigern, da sie den den Streikenden in die Mitte gebracht worden, kamen sie am Abend des ersten Arbeitstages in das Streikfeld und haben dort um Aufnahme und Schutz. In ihnen ging der Angefallte Scheitbar als Fremde, in Stuttgart als Feind, wenn er an den Verhandlungen zwischen Streikenden und Arbeiterschwärmen teil. Den Arbeiterschwärmen wurde von den Streikenden gesagt, noch einmal in den Betrieb zurückzugehen, um weitere Arbeiterschwärme, die heranzukommen, mit heranzubringen. Als sie in den Betrieb zurückkehrten, übernahmte der Angefallte

den Sachverhalt dem als Vorarbeiter mit den Arbeiterschwärmen engagierten Präfer Robert H e i l a n d. Von diesem wurden E. J. und A. J. zur Rede gestellt, worauf diese leugneten, die ihnen zur Last gelegten Bemerkungen getan zu haben. Sie sollten sich dahin geäußert haben, die Arbeiterschwärmer seien lauter Zuchthäuser, einer rühme sich mehr als der andere seiner hohen Strafen, und das Essen, das sie von der Firma Reutter & Cie. bekämen, sei Zuchthauskost. Darauf fiel der Angefallte über den Sattler E. J. her und schlug ihm, wie im Termin festgestellt worden ist, etwa zehn bis sechzehnmal mit der Faust ins Gesicht, auf den Kopf und auf den Schultergelenk, so daß der Geschlagene Beulen am Kopf und am Schultergelenk davontrug. Während dieses Vorganges hat, wie die Zeugen im Termin unter Eid ausfragten, der Angefallte folgende Drohung ausgesprochen: „Noch einen Laut, dann mache ich dich fertig!“ Der Angefallte fand, obwohl die Zeugen auch vor Gericht bestritten, die Bemerkungen über Zuchthäuser gemacht zu haben, milde Richter. Hatte schon der Staatsanwalt nur 30 M. Geldstrafe beantragt, so ging das Gericht noch unter diese geringe Strafe herab und erkannte auf 20 M. Mildere Umstände wurden ihm wegen der E r e g u n g b e i S t r e i k z u g e b i l l i g t. Ob dann auch mildernde Umstände wegen der „E r e g u n g b e i S t r e i k z u g e b i l l i g t“ worden wären, wenn ein Streikender einem Arbeiterschwärmer 10 bis 16 Schläge mit der Faust verabfolgt hätte? Nach Gerichtsbeschluss entspann sich eine interessante Auseinandersetzung zwischen dem Angefallten und seinen Zeugen und den Streikenden, die den Verhandlungen als Zuhörer angetrobt hatten. Warum seid ihr arbeiterschwärmer?“ sprach einer sie an. Die Antwort der Arbeiterschwärmer war eine gewöhnliche Ausrede und Beschönigung ihres Verhaltens. „Wollt ihr arbeiten, wenn wir euch das Geld dazu geben?“ Sie sahen sich überrascht an und verneinten zunächst die Frage. Jetzt ging es heuliger und hinüber. Jeder erzählte seine Erfahrungen, seine Leiden und die Art seiner Anwerbung durch die Firma. Streikende und Arbeiterschwärmer wurden aber bald handeltreibend. Und in wenigen Stunden dampften die Getrauen der Firma Reutter & Cie. ihrer Heimat zu. So kommen und gehen Arbeiterschwärmer. Der Streik dauert daher fort. Mögen die Kollegen im ganzen Reich darauf achten, daß kein brauchbarer Karosierarbeiter bei den bestreikten Firmen Arbeit nimmt. In Betracht kommen Metallarbeiter, Holzarbeiter, Sattler und Ladierer.

**Waldert.** Fünfundsiebzig Jahre auf der „Vereinigten“ beschäftigt, aber das letzte Geleit durfte ihm nicht gegeben werden! Am 27. Mai, 5 Uhr, fand die Beerdigung des Schlossers A r l G e s e r statt, der 35 Jahre bei der Firma beschäftigt war. Als nun die dort beschäftigten Arbeiter ihrem Kollegen so, wie es früher im Betrieb üblich war, das letzte Geleit geben wollten, wurde von dem Herrn Direktor erklärt, das ginge nicht, trotzdem die Arbeiter bereit waren, die zwei Stunden, die sie verkümmten, wieder herauszuarbeiten. Ja, ja, die Zeiten ändern sich und neue Direktoren bringen auch neue Gepflogenheiten mit sich. Vor 2 1/2 Jahren wäre so etwas noch nicht möglich gewesen, damals hätte man sich den Arbeitern die Beteiligung am Geleit zur letzten Ruhe nicht abzuschlagen getraut. Damals war aber auch das Organisationsverhältnis ein anderes. Und was hat man sich von dem neuen Herrn nicht schon alles bieten lassen müssen?! Ein Arbeiterschuß ist auf dem Werke nicht mehr vorhanden, Lichtabgaben sind wieder eingeführt worden, auch sind Anweisungen gegeben worden, die man früher nicht gekannt. Die Arbeiter dürfen sich ihre schmutzigen Kleider, die sie zum Reinigen mit nach Hause nehmen wollen, nicht mehr selbst einwickeln, sondern müssen sie sich einwickeln lassen. Keiner darf sich mehr das Essen in den Betrieb bringen lassen, mittags darf kein Feuer beim Portier aufhalten und nur in den allerdringendsten Fällen darf einer herausgerufen werden. Ja, ja, so geht es, wenn man dem Eisenkammer zum Fabrikdirektor aufsteigt. Die Arbeiter sollten sich aber die Frage vorlegen, ob es für sie nicht besser wäre, die früheren Verhältnisse wieder herzustellen. Aber die Faust in der Tasche zu machen nicht nichts, sondern hier heißt es: Einmal in den Deutschen Arbeiter-Verband!

# Rundschau.

## Reichstag.

In unserem Schlussbericht in Nr. 22 über die am 20. Mai zu Ende gegangene Tagung des Reichstags haben wir uns im wesentlichen mit den beiden letzten Vorkommnissen beschäftigt: Ablehnung einer Verbesserung der Beamtenbesoldung und Annahme einiger Änderungen im Militärstrafgesetzbuch, Angelegenheiten, die wegen des taktischen Verhaltens der Parteien die besondere Beachtung der Gewerkschaftler beanspruchten. Es bleibt uns nun noch übrig, auf die Tagung im allgemeinen einen Überblick zu werfen und einige andere Ergebnisse im einzelnen zu schildern.

Zur besonderen Gepräge erhielt die letzte Sitzungperiode unabweisbar durch einen allmählich immer mehr an Schärfe zunehmenden Gegensatz zwischen dem Parlament und der Regierung. Vom Tage der ersten Habsburgerdebatte ab hat sich dieser Gegensatz, bei dem keineswegs allein die sozialdemokratische Partei eine Rolle spielte, bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt. So ist es von vereinzelt heftigen Zusammenstößen mit dem Kriegsminister, mit der Kolonialverwaltung, mit den Staatssekretären des Innern, der Justiz, der Post und namentlich auch des Reichsschatzmeisters schließlich zu einem Konflikt gekommen, der eine kurze Zeit lang die Aufmerksamkeit des Reichstages und die Zusammenkünfte von Reichstagsmitgliedern in Anspruch nahm. Bei allen diesen Zusammenstößen haben die Männer der Regierung einen Mangel an Rücksicht gegen die Postbestretung zu erkennen gegeben, der von verschiedenen Gesichtspunkten aus erbittern wirksam muß. Die Herren Delbrück, Kräfte, Bischoff, Goltz und wie sie alle heißen, haben denn doch nicht jenen Zuschnitt der Persönlichkeit, der auch dem zu Unrecht Angegriffenen oder schlecht Behandelten noch Achtung abnötigt. Was wir heute an der Spitze der Reichskammer sehen, ist höchstens Dugendbore aus dem allgemeinen Bürokratenleben, Leute, die auch nur mehr schlaft als recht ihres Amtes walten und sich weder durch originelle Gedanken noch besondere Kraft auszeichnen. Sie „erledigen“ ihre Pflichten, glücklich in ihrer Routine. Fehlt ihnen, wie dem Herrn v. Falkenhahn, aber auch noch diese Routine, das heißt eine aus langer Übung stehende Gewandtheit, in der Geschäftserledigung, dann ist es erst ganz schlimm. Der Kriegsminister, der sich bis zuletzt noch nicht an die parlamentarischen Formen gewöhnen konnte, hat eine Niederlage nach der andern erleben müssen und von seinen neuen Forderungen (Militärabteilung, Arbeitsnachweis für berufstätige Offiziere, Prekariat im Ministerium, Staatszuge für die Offiziere) auch gar nichts durchgesetzt; dieser Herr wird sich andere Verfehrsmanieren angewöhnen müssen, wenn er selbst bei den bürgerlichen Parteien auf ein größeres Entgegenkommen rechnen will, was indessen unsere Sorge gewiß nicht ist.

Sobald über die Minister. Der Reichskanzler selbst hielt sich in der ganzen Tagung sehr zurück, stand wohl auch schon wochenlang unter dem beherrschenden Eindruck eines hoffnungslosen Leidens seiner langjährigen verstorbenen Frau. Aber man darf daraus nicht schließen, daß ihm die von seinen Stellvertretern beliebte Behandlung der Reichsbestretung unermesslich gewesen wäre. Im Gegenteil: ohne ausdrückliche Verabredung mit ihm würde kein einziger der erwähnten Beamten seine Stellung gewagt haben. Wenn Herr Goltz eine glänzend verschlossene Natur, ein Mann, dem der Glanz des öffentlichen Aufstretens eines Billio vollkommen fehlt, und der sich offenbar im Halbmond seines Schreitwagens viel wohler fühlt, als auf der hellbestrahlten Bühne des politischen Lebens. Aber er ist auch ein sehr selbstbewußter, eigenartiger Mann, der durchaus keine selbständige Politik seiner Ministerialkollegen wünscht und buhelt. Wer ihm unbedarft oder gefällig wird, dem weiß er beizugehen und mit Energie

**Schwermühen.** Wie schon in Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung berichtet, besteht in der hiesigen Hirsch-Dunderschen Fabrik Differenzen. Die Kollegen der Metallarbeiter-Zeitung, 40 Mann, hatten folgende Forderungen eingereicht: Es sollte für Schlichter und Mechaniker von 18 bis 21 Jahren ein Stundenlohn von 45 S., im Alter von 21 bis 25 Jahren 50 S. und über 25 Jahren 65 S. bezahlt werden. Sollte, die in Absicht der Schwermühen Beschäftigten durchwegs angewiesen waren. Diese Forderungen wurden von einer dreizehntägigen Kommission der Direktion zurückgewiesen, die auch eine Prüfung und Klärung des Geses am 2. Mai anordnete. Es kam indes eine Zulage nach dem Ansehen. Es wurde ein Schlichter namens Schwermühen angewiesen, sich mit der Begründung, daß die Direktion nur mit ihrem Lohnausgleich beabsichtigt, der in den nächsten Tagen neu gewählt werden soll, zu den Kollegen zu begeben.

abzuschließen. Es ist deshalb auch sicher falsch, wenn man es so hin-

stellt, als ob er in der Sabernaffäre dem Ansturm der Militärpartei

gegen bessere Einsicht unterlegen sei. Es hat da kaum zwei Parteien

gegeben, denn was Falkenhayn und Heimann wollten, das wollte

ungefähr Behrmann Hollweg auch, konnte es aber nur erreichen, wenn

er der empörten Volksmeinung und der geschlossenen Parlamentsmehr-

heit wenigstens einige Schwingungsändernisse in Worten machte. Die

Entsendung des Herrn v. Dallwitz nach dem Reichstage sieht auch

nicht danach aus, als ob der Reichskanzler den Junterübermut zu

brechen gedächte. Nun liegt es auf der Hand, daß ein Reichskanzler, der die

Geschäfte fördern will, nicht mit dem Reichstag als solchem in Feind-

Streikpostenverbot in Sachsen.

Die Scharfmacher versprechen sich Wunderdinge von einem Verbot

Verordnung.

Das Verhalten der Polizeibehörden bei gewerb-

lichen Streitigkeiten (Streiks, Ausperrungen) betreffend,

Da Meinungsverschiedenheiten und Zweifel über die Befugnisse

und Obliegenheiten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten,

insbesondere bei Streiks und Ausperrungen, entstanden sind,

§ 1. Die Polizeibehörden haben sich in solche Streitigkeiten selbst

§ 2. Gegen Ausschreitungen, welche die öffentliche Ordnung

§ 3. Die Aufstellungen von sogenannten Streik-

§ 4. Sofern Streikposten oder andere Personen in Betätigung

§ 5. Müssen Streikposten wegen derartiger Belästigungen fort-

§ 6. In allen Fällen, in denen wegen Verletzung der öffentlichen

Nach § 2 möchte man glauben, daß die Regierung auch den

962, Angriffsstreiks waren 410, Abwehrstreiks 232 und Aus-

sperrungen 53. Die Personenzahl, die an den Bewegungen beteiligt

war, beträgt 136 637 gegen 166 110 in den Jahren 1910/11 und

69 842 in den Jahren 1908/09. Es wurde erreicht: Eine Verkürzung

der Arbeitszeit im Jahre 1912 für 31 382 Personen um durch-

schnittlich 2 Stunden wöchentlich und 1913 für 68 695 Personen um

1,3 Stunden; eine Lohnerhöhung im Jahre 1912 für 37 982 Per-

sonen um durchschnittlich 2,04 M. und 1913 für 91 933 Personen

um 2,26 M. wöchentlich. Die Streiklosten betragen in der Berichtszeit

2 181 870 M. Tarifverträge wurden in den beiden Berichtsjahren 622

Gewerkschaftliches.

k. Holzarbeiter. Der sechste Verbandstag des Deut-

schcn Holzarbeiter-Verbandes tagte vom 24. bis zum

30. Mai in Dresden. Bei Festsetzung der Tagesordnung beschloß der

Erklärung von Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

zu den Ausführungen Neumanns über die Werftarbeiter-

bewegung (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 23, Seite 184)

erwiderte am letzten Verhandlungstag Verbandsvorsitzender

